

Anwesend:

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Nurhayat Bakir-Block
Vertreter Norbert Peter Brandt
Ausschussvorsitzender Uwe Reese

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Heidi Bosse
Ausschussmitglied Martin Ehlers

Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"

Ausschussmitglied Miguel Schaar/Br. Franziskus
Vertreterin Petra Stomberg

Mitglied Fraktion WIN@WBV

Ausschussmitglied Dr. Angela Kirstges

Mitglied Gruppe "Die BUNTEN"

Ausschussmitglied Frank Uwe Walpurgis

Mitglied Gruppe FDP/FW

Grundmandat Michael Kieseewetter

Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände WHV

beratendes Mitglied Hilke Schwarting-Boer
beratendes Mitglied Doris Tjarks

Seniorenvertretung

beratendes Mitglied Günter Hinrichs

Dezernent

Erster Stadtrat Armin Schönfelder

Fachbereichsleiter

Fachbereichsleitung 50 Michael Koch

von der Verwaltung

Gleichstellungsbeauftragte Nicole Biela

Protokollführerin

Protokollführerin Stefanie Kallendrusch

Es fehlte entschuldigt

Beigeordneter Martin Burkhart
beratendes Mitglied Sabine Gastmann
Grundmandat Torsten Kastrioti
Stellv. Ausschussvorsitzende Gabriele Schröder

als Gast

Inga Bernsau (Die Wilhelmshavener Tafel e.V.)
Olaf Fischer (Ratsherr Fraktion WIN@WBV)
Erik Schaefer (Bürgerverein Süd)

A Öffentlicher TeilTagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Integration vom 29.09.2022
- 4 Anträge an den Rat
- 4.1 Antrag WIN@WBV-Fraktion: Kostenfreie Nutzung ÖPNV für SchülerInnen und RentnerInnen **564/2022**
- 4.2 Antrag der SPD-Fraktion: Einrichtung eines kommunalen Härtefallfonds **572/2022**
Wilhelmshaven
- 5 Vorstellung des neuen Vorstandes "Die Tafel Wilhelmshaven e.V."
- 6 Sozialfonds
- 6.1 Antrag Förderverein Freiwillige Feuerwehr Bant-Heppens
- 6.2 Antrag Bürgerverein Süd
- 6.3 Antrag Förderverein Rogate-Kloster St. Michael e.V.
- 7 Mitteilungen und Anfragen
- 7.1 Aktualisierter Vertrag Frauenhaus
- 7.2 Stand Sozialfonds
- 7.3 geplante gemeinsame Sitzung mit dem BGGS

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Reese, eröffnete die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden. Er stellte die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Integration vom 29.09.2022

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Integration vom 29.09.2022, Nr. 9/2022, wurde mit 2 Enthaltungen wegen Nichtteilnahme einstimmig genehmigt.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

4 Anträge an den Rat

4.1 Antrag WIN@WBV-Fraktion: Kostenfreie Nutzung ÖPNV für 564/2022 SchülerInnen und RentnerInnen

Herr Fischer stellte den Antrag 564/2022 der WIN@WBV-Fraktion vor.

Aufgrund der zwischenzeitlich erfolgten Änderungen hinsichtlich der bundesweiten bzw. landesweiten Einführung von entsprechenden Ticketsystemen sowie bereits erfolgter Gespräche mit den Verkehrsbetrieben brachte er einen Änderungsantrag ein (s. *Anlage*). Zusätzlich zu den Kosten müsse auch ermittelt werden, welcher personelle Aufwand und Fahrzeugbedarf benötigt werde. Er bat um Zustimmung.

Frau Stomberg brachte für die Gruppe „GRÜNE und GfW“ einen weiteren Änderungsantrag ein. Dieser übernimmt die Formulierungen des Änderungsantrages der WIN@WBV-Fraktion mit folgender Erweiterung: *„Die Prüfung soll folgende Personengruppen einbeziehen: Schüler- und Schülerinnen, Rentnerinnen und Rentner mit einem geringen Rentenbezug. Die Einkommensgrenzen sollen nach Prüfung bestimmt werden. Die Ermittlungen sollen zudem weitere Personengruppen, die ein geringes Einkommen haben, mit einbeziehen, sowie Menschen, die ein Ehrenamt ausüben und dafür den ÖPNV nutzen.“*

Sie begründete die Erweiterung der Personengruppen damit, dass diese ansonsten bei allen Begünstigungen unberücksichtigt blieben. Zu dem fehlenden Personal sagte sie, dass diese im Rahmen des neuen Bürgergeldes ausgebildet werden könnten. Daran dürfte eine Entlastung bedürftiger Menschen nicht scheitern.

Herr Walpurgis begrüßte das Ansinnen. Er fragte, ob eine zeitnahe Prüfung und Umsetzung des Auftrages mit der aktuellen Personalsituation realisierbar sei.

Herr Schönfelder antwortete, dass in der Ratssitzung am 30.11.2022 die

Personalsituation innerhalb der Stadtverwaltung ausführlich dargestellt werde. Da er den Antrag inhaltlich als unterstützenswert ansehe, spricht er sich für eine Prüfung der Verwaltung im Rahmen der Möglichkeiten aus.

Frau Dr. Kirstges wiederholte, dass es bereits Gespräche mit den Stadtwerken gegeben habe und diese somit vorbereitet seien und einbezogen werden sollten.

Herr Brandt sicherte seine Zustimmung zum Prüfauftrag zu.

Herr Schaar/Br. Franziskus merkte an, dass die Busse außerhalb der Schülerbeförderung nur bedingt genutzt werden. Der vorliegende Antrag würde daher auch eine Stärkung des ÖPNV im Sinne des Klimaschutzes bedeuten.

Auch Frau Bakir-Block dankte für den Antrag. In vielen anderen Ländern sei der ÖPNV bereits kostenfrei. Sie werde dem Antrag daher zustimmen.

Als weiteren positiven Aspekt bezeichnete Herr Walpurgis, dass sich durch den Antrag auch die Anzahl der sog. „Elterntaxis“ verringern würde. Die Kinder werden somit in ihrer Eigenständigkeit gefördert. Die Taktung der Busverbindungen müsste ggf. auch angepasst werden.

Frau Stomberg bestätigte den Eindruck, dass die Busse oft nur wenig genutzt werden. Sie sah hierin ein Argument für die Ausweitung der Personengruppen gemäß des Änderungsantrages der Gruppe „GRÜNE und GfW“ und bat daher um Zustimmung.

- Der Änderungsantrag der Gruppe „GRÜNE und GfW“ wurde mit 2 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung und 6 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Herr Fischer sagte abschließend zum Änderungsantrag der Fraktion WIN@WBV, dass man aufgrund des hohen Aufwandes der Einkommensprüfung eine Begrenzung der Personengruppen vorgenommen habe. Er bat nochmals um Zustimmung.

- Der Änderungsantrag der Fraktion WIN@WBV wurde einstimmig angenommen.

Er folgte die Abstimmung über den veränderten Antrag 564/2022.

- Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Wir stellen den Antrag, dass alle SchülerInnen und RentnerInnen (ev. mit einem Sozialausweis) unserer Stadt kostenfrei unseren ÖPNV nützen können.

Begründung:

Durch die stetig steigende Inflation, Erhöhung der Lebensmittel- und vor allem der Energiepreise sollte die Politik im Zusammenarbeit mit der Verwaltung einen Schulterschluss mit den BürgerInnen unserer Stadt üben und für Entlastungen sorgen.

Gerade SchülerInnen (Familien) und RentnerInnen sind von den Preiserhöhungen stark betroffen und würden von der Befreiung profitieren. Außerdem bieten wir so die Möglichkeit mehr auf Pkw's zu verzichten, die Umwelt zu schonen und den Verkehr zu entlasten.

4.2 Antrag der SPD-Fraktion: Einrichtung eines kommunalen Härtefallfonds Wilhelmshaven **572/2022**

Frau Bakir-Block stellte den Antrag 572/2022 der SPD-Fraktion vor und bat um Zustimmung.

Herr Schaar/Br. Franziskus unterstützte das Ansinnen, jedoch seien zu diesem Thema ebenfalls Landes- sowie Bundeshilfen in Planung, was zu einer Konkurrenzstellung führen könne. Um dies zu vermeiden, solle hier erstmal abgewartet werden. Ebenso würde dies wieder Personal bei der Stadtverwaltung und dem Energieversorger binden. Er regte daher an, den Antrag in einen Prüfauftrag umzuwandeln.

Herr Schönfelder gab bekannt, dass mit heutigen Datum vom Nds. Sozialministerium das Anhörungsschreiben zum Entwurf zur Einrichtung eines Härtefallfonds des Landes eingegangen sei. Genauer sei dann nach Verfahrensabschluss bekannt. Er würde daher den Antrag vertagen, um letztendlich eine Doppelförderung zu vermeiden und mögliche Lücken schließen zu können.

Frau Bakir-Block würde einer Umwandlung in einen Prüfauftrag zustimmen.

Auch Herr Walpurgis sah aufgrund der vielfach geänderten Gesetzes- und Verordnungslage einen Prüfauftrag als sinnvoll an, um dann abschließend passgenau entscheiden zu können.

Frau Dr. Kirstges plädierte für eine Vertagung bis zur Entscheidung des Landes, um hier eine doppelte Prüfung durch die Verwaltung zu vermeiden.

Herr Ehlers stellte die Frage, wer durch den kommunalen Härtefallfonds begünstigt werden solle. Bei Empfänger-Innen von Hartz IV-Leistungen sowie Grundsicherung wird der Bedarf an Heizkosten durch diese Leistung berücksichtigt. Auch er hält eine Vertagung für sinnvoll, um die Bestimmungen des Landes abzuwarten. Ebenso müsste sich die Stadt trotz Förderung des Landes mit voraussichtlich ca. 1 Million Euro finanziell an dem Fonds beteiligen.

Dazu sagte Herr Schönfelder, dass der Entwurf des Landes auch nur von

bedürftigen Personen spreche und diese nicht genauer definiere. Eine Vermögensprüfung solle nach den Regularien des SGB II erfolgen. Der Zweck soll die Vermeidung von Energiesperren verfolgen. Auf dieser Grundlage bat er nochmals um Vertagung. Nach der Vorlage der landesrechtlichen Bestimmungen würde die Stadt mit der Prüfung beginnen. Einen Zeitrahmen konnte er auf Nachfrage von Frau Bakir-Block nicht benennen.

Abschließend bat Frau Bakir-Block um Zustimmung zum Antrag als Prüfauftrag.

Herr Ehlers stellte einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung unter Bezug auf die bereits genannten Gründe.

Der Antrag auf Vertagung wurde mit 6 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung und 2 Nein-Stimmen mehrheitlich angenommen.

Beschluss:

-vertagt-

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt/gebeten, zusammen mit den lokalen Energieversorgungsunternehmen, umgehend einen Energie-Härtefallfonds für Heiz- und Stromkosten einzuführen, welcher im Falle drohender finanzieller Überforderung von Bürgerinnen und Bürgern in Anspruch genommen werden kann. Die durch die Niedersächsische Landesregierung in Aussicht gestellte Förderung in Höhe von 50 Millionen Euro zur Unterstützung lokaler Härtefallfonds soll hierbei berücksichtigt werden. Die finanziellen Mittel für den lokalen Härtefallfonds müssen im bestehenden Haushalt umgewidmet werden oder sind entsprechend durch einen Nachtragshaushalt zu beschließen.

5 **Vorstellung des neuen Vorstandes "Die Tafel Wilhelmshaven e.V."**

Frau Bernsau stellte die Arbeit der Tafel Wilhelmshaven e.V. vor.

Im Oktober 2022 wurde ein neuer Vorstand gewählt, dem sie als 2. Vorsitzende angehört. Aktuell werden 1275 Personen an drei Standorten durch die Tafel versorgt. Die Standorte befinden sich in Heppens, in Fedderwardergroden sowie in Sande. 48 Personen erhalten die Zuwendungen über einen Bringdienst.

Bei der Tafel engagieren sich 94 ehrenamtliche Mitarbeiter- und Mitarbeiterinnen, 5 Personen sind im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes bzw. der Maßnahmen nach § 16i und 16e SGB II fest eingestellt. Ebenso erfolgt eine Unterstützung durch Personen, die dort ihre vom Gericht verordneten Sozialstunden ableisten.

Die Sachspenden kommen aus dem regionalen Handel. Hier ist jedoch ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen, da viele Lebensmittelhändler selbst sog.

„Nottüten“ günstig an ihre Kundschaft abgeben. Auch werde selbst weniger eingekauft bzw. produziert.

Auch die steigenden Energiekosten stellen ein Problem dar. So rechnet sie hier für das kommende Jahr mit einer Verdopplung der Kosten. Einsparpotenziale sind hier kaum gegeben, da Kühlwagen und Kühllhäuser vorgehalten werden müssen. Entlastung erhält die Tafel hier z.B. durch die Übernahme aller Energiekosten am Standort Sande durch die Kirchengemeinde.

Abschließend fragte sie nach möglichen Fördermitteln, da ein abkömmliches Kühlhaus durch ein neues ersetzt werden müsse.

Herr Brandt stellte die Frage, ob alle bedürftigen, nachfragenden Personen versorgt werden könnten. Frau Bernsau antwortete, dass sich die einzelnen Ausgabemengen verringert hätten, so müssen z.B. auch mal Brote geteilt werden. Durch das System mit Ausgabeausweisen können die Waren auf alle verteilt werden, sodass keiner wegeschickt werden müsse.

Als problematisch sieht sie, dass das Jobcenter ukrainische Flüchtlinge direkt zur Tafel schicke. Dadurch entstehe der Eindruck, dass es sich dabei um eine zustehende Leistung handle. Verständigungsprobleme erschweren hier die Aufklärung.

Herr Schaar/Br. Franziskus richtete seinen Dank an Frau Bernsau für ihren Einsatz. Grundsätzlich sehe er jedoch die Aufgabe beim Sozialstaat, die Menschen ausreichend zu unterstützen, sodass ein solches Angebot erst gar nicht notwendig sei.

Er würde eine Antragstellung der Tafel um Förder- bzw. Zuschussgelder unterstützen.

Er selbst werde mit dem Energieträger Gespräche führen, mit dem Ziel, bei diesen Kosten eine Entlastung zu ermöglichen.

Herr Walpurgis schloss sich dem Dank an und regte an, dass sich der Ausschuss die Räumlichkeiten und die Arbeit der Tafel einmal vor Ort ansehen sollte.

Herr Schönfelder zweifelte an, dass die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Jobcenters die ukrainischen Flüchtlinge direkt zur Tafel schicken. Er vermutete, dass hier wohl eher auf Nachfrage ein Verweis erfolge. Er sicherte zu, dies zu klären.

Zu Fördermöglichkeiten sagte er, dass ein Antrag auf Zuschuss aus dem Sozialfonds bzw. eine institutionelle Förderung über eine Fraktion denkbar wären. Er dankte für das ehrenamtliche Engagement und sieht hierin auch eine Entlastung der Verwaltung. Die Sozialverwaltung werde daher eine Antragstellung wohlwollend unterstützen.

Frau Stomberg dankte ebenso und sagte an Frau Bernsau gewandt, dass sich die Fraktion „GRÜNE und GfW“ dem Antrag auf institutionelle Förderung annehmen würde.

Ihr sei auch bekannt, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jobcenters Leistungsempfänger zur Beratung an die Arbeitsloseninitiative verweise. Obwohl dies grundsätzlich Aufgabe der Behörde sei. Auch hoffe sie, dass mit der Einführung des Bürgergeldes die Vermittlung in „prekäre Arbeitsverhältnisse“ zur

Beschönigung von Statistiken ende.

Herr Schönfelder kritisierte diese Äußerung und wies die Kritik zurück. Die bestehenden Gesetzesvorgaben sehen eine Vermittlung in Arbeitsverhältnisse zur schnellen Integration in den Arbeitsmarkt vor. Das kommende Bürgergeld hat eine andere Schwerpunktsetzung.

Herr Schaar/Br. Franziskus schlug vor, in Absprache mit der Verwaltung einen Antrag zur Unterstützung der Tafel zu erarbeiten und diesen dann als gemeinsamen Antrag des Ausschusses zu stellen.

Herr Ehlers bezweifelte, dass ein Antrag aus dem Sozialfonds möglich sei, da die Tafel 5 Beschäftigte habe. Er werde jedoch andere Anträge unterstützen und dankte ebenso für das Engagement.

Auf die Frage von Frau Bakir-Block nach Spenden von z.B. Unternehmen sagte Frau Bernsau, dass die Gesamtspendensituation grds. gut sei. Allerdings seien diese schlecht kalkulierbar und im Hinblick auf die Kostensteigerungen bräuchte die Tafel verlässliche Einnahmen.

Frau Dr. Kirstges sagte zu einer Antragstellung aus dem Sozialfonds, dass man eine Anpassung der Richtlinien bezüglich der ausschließlichen Ehrenamtlichkeit nochmals überdenken müsse.

Herr Schönfelder stellte klar, dass der Verein nicht aus dem Sozialfonds gefördert werden könne. Eine Zuschussmöglichkeit bestehe jedoch für ein zusätzliches Projekt, welches durch ausschließlich ehrenamtlich Tätige durchgeführt werde.

Abschließend bedankte sich Frau Bernsau für die allgemeine Unterstützungsbereitschaft und sagte, dass sie den Ausschuss gerne vor Ort begrüßen würde.

6 Sozialfonds

6.1 Antrag Förderverein Freiwillige Feuerwehr Bant-Heppens

Herr Koch stellte den Antrag des Förderverein Freiwillige Feuerwehr Bant-Heppens für einen Zuschuss aus dem Sozialfonds vor. Für die Ersatzbeschaffung eines neuen Aufenthaltszeltes wird ein Zuschuss i.H.v. 4.870,37 € beantragt.

Der Antrag erfüllt die Prüfkriterien der Zuschussrichtlinien.

- Der Ausschuss stimmte einstimmig für die Genehmigung des Antrages.-

6.2 Antrag Bürgerverein Süd

Herr Schaefer stellte anhand einer Power-Point-Präsentation (s. *Anlage*) den Antrag des Bürgerverein Süd für einen Zuschuss aus dem Sozialfonds vor. Für die Ausrichtung des Mini-Weihnachtsmarktes „Kleiner Kiez-Zauber“ wird ein Zuschuss i.H.v. 2.000,00 € beantragt. Bereits jetzt sei der Zuspruch groß, so dass er davon ausgeht, dass durch den zu erwartenden Besucherzustrom auch die angrenzenden Gastronomiebetriebe profitieren werden.

Der Antrag erfüllt die Prüfkriterien der Zuschussrichtlinien.

- Der Ausschuss stimmte einstimmig für die Genehmigung des Antrages.-

6.3 Antrag Förderverein Rogate-Kloster St. Michael e.V.

Herr Schaar/Br. Franziskus stellte den Antrag des Förderverein Rogate-Kloster Sankt Michael e.V. für einen Zuschuss aus dem Sozialfonds vor. Für die Organisation des Projektes „Wärmewinter Wilhelmshaven“ wird ein Zuschuss i.H.v. 2.500,00 € beantragt.

An fünf Standorten in Wilhelmshaven, mit Schwerpunkt Stadtnorden, ist geplant, ab Januar 2023 ein wöchentliches Angebot für Personen zu schaffen, die an Einsamkeit, Armut oder sozialer Isolation leiden. Diese Menschen erhalten dort eine warme Mahlzeit, können sich austauschen und erhalten Ansprache durch die Ehrenamtlichen.

Nach Abschluss des Projektes möchte er erneut darüber im Ausschuss informieren.

Herr Schönfelder begrüßte das Projekt, da hier verschiedene Aspekte miteinander kombiniert werden. Die Bereitstellung der Räumlichkeiten durch die Kirchengemeinden sei ebenso positiv anzumerken.

Auch Herr Brandt begrüßte das Projekt und bot seine persönliche Unterstützung an.

Der Antrag erfüllt die Prüfkriterien der Zuschussrichtlinien.

An der anschließenden Abstimmung nahm Herr Schaar/Br. Franziskus wegen Befangenheit nicht teil.

- Der Ausschuss stimmte einstimmig für die Genehmigung des Antrages.-

7 Mitteilungen und Anfragen

7.1 Aktualisierter Vertrag Frauenhaus

Herr Koch informierte, dass der vorliegende Vertrag mit der Erhöhung des Zuschussbetrages bereits vom Rat beschlossen wurde und nun zur Kenntnisnahme dem Ausschuss vorgelegt werde.

Frau Tiarks, Geschäftsführerin der AWO, sagte, dass der Vertrag zwischen Verwaltung und Arbeiterwohlfahrt abgestimmt wurde und sie dankte für die Übernahme der vom Land Niedersachsen gestrichenen Fördermittel.

Auf Nachfrage von Herrn Brandt sagte Frau Tjarks, dass die Anzahl der vorhandenen Plätze ausreichend sei.

7.2 Stand Sozialfonds

Herr Ehlers fragte nach, welche Mittel im Sozialfonds für dieses Jahr noch zur Verfügung stehen.

Herr Koch informierte, dass unter Berücksichtigung der heutigen Genehmigungen noch ca. 17.000 € vorhanden seien.

In diesem Zusammenhang lobte Herr Schaar/Br. Franziskus ausdrücklich Herrn Harms, der trotz Krankheit die Anträge aus dem Sozialfonds und die gesamte Sitzung vorbereitet habe.

7.3 geplante gemeinsame Sitzung mit dem BGGS

Herr Schönfelder informierte, dass die nächste angesetzte Ausschusssitzung vom 22.12.2022 vorgezogen werden müsse. Geplant sei eine gemeinsame Sitzung mit dem Betriebsausschuss von GGS zur Inbetriebnahme einer neuen Flüchtlingsunterkunft im ehemaligen Dewi-Gebäude in der Rheinstraße.

Die Stadt erwarte bis 03/2023 eine Zuweisung von 900 Flüchtlingen. Die Unterkünfte in der Albrechtstraße sowie Peterstraße sollen aufgegeben werden.

Auch sollen wieder Wohnungen direkt durch GGS angemietet werden. Ebenso ist eine Satzung in Vorbereitung, die die Vergütung für die Vollverpflegung sowie der Kosten der Unterkunft in der Flüchtlingsunterkunft regelt.

Dies alles soll Inhalt einer umfassenden Beschlussvorlage sein.

Frau Stomberg fragte, ob die bereits beschlossene Räumung der Peterstraße zur Errichtung einer Kindertagesstätte zum 31.12.2022 eingehalten werden könne.

Herr Schönfelder bezweifelt dies, sagte jedoch, dass der zukünftige Investor hier sehr entgegenkommend sei. Auch die Errichtung der Flüchtlingsunterkunft im Dewi-Gebäude sei nur als Übergangslösung gedacht, da auch dieses Gebäude für den Ganztagsbedarf der Kinderbetreuung ab 2026 eingeplant sei. Bei allen Überlegungen müssten die unterschiedlichen Interessen sorgfältig abgewogen werden.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 16:50 Uhr

Schönfelder
Dezernent

Reese
Vorsitzender

Kallendrusch
Protokollführerin